



Altrhein-Info Nr. 18/2017

Entschlammung Altrhein-km 2,6 – 4,75

Thema der heutigen Ausgabe:

Die neuen Chancen für die Altrhein-Entschlammung nutzen.



Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) als Eigentümer der Bundeswasserstrasse Lampertheimer Altrhein hat den versprochenen Ortstermin in Lampertheim wahrgenommen.

Teilnehmer waren: als Vertreter des BMVI, waren Ministerialdirigent Reinhard Klingen, Abteilungsleiter und Entscheider für die Bundeswasserstrasse, Herr Janetzke (BMVI Jurist) sowie Herr Vogel Chef des WSA Mannheim und Freiburg, sowie die ALA- Vertreter mit Fachanwalt Dr. Cymutta.

Das Verhandlungsergebnis zwischen ALA und BMVI liegt jetzt mit Vorschläge des BMVI auf dem Tisch und wurde der Stadtverordneten Vorsteherin Frau Stass, Bürgermeister Störmer, sowie den Fraktionen im Stadtparlament übermittelt. Entscheiden über diese Vorschläge müssen jetzt die Lampertheimer Politik und die Verwaltung.

Das ALA Ziel: Wir wollten nach eingehender Prüfung mit Experten für Wasserstrassen einen Entschlammungsweg für den Altrhein suchen, der unser Stadsäckel weniger belastet. Zweistellige Millionenbeträge überfordern den städtischen Haushalt, wie jetzt erneut bekannt wurde.

Das wurde bisher unternommen: Die städtischen Entscheider hatten in der jüngsten Zeit für Munitionssuche und Probeentschlammung einige hunderttausend Euro vorinvestiert, obwohl vielen Lampertheimer klar war, dass eine Altrhein-Entschlammung die Stadt Millionen kosten wird. Die politischen Wege der Stadt wie Hilfeappelle, Rechtsanfragen nach Berlin, Wiesbaden, beim Kreis oder Regierungspräsidium werden seit Jahren erfolglos beschritten.

Diese wurden anfänglich auch von der ALA zusätzlich genutzt, waren aber auch wenig erfolgreich. Die ALA hat sich mit zahlreichen Experten ausgetauscht. Darunter waren Vertreter der Altrheininitiative, des Netzwerkes Deutsche Wasserwege (NDW) die mit ähnlichen Problemen in Deutschland zu kämpfen haben, Fachleuten aus kommunalen Verwaltungen mit Altrhein Gewässer, Fachleuten des WSA und Fachanwälten für Wasserstrassenrecht und des Europäischen Gewässerschutz. Das Ergebnis nach diesen Gesprächen war eine Rechtsprüfung der Zuständigkeiten. Die Rechtsfrage war und ist - welche Verantwortung trägt der Bund als Eigentümer des Altrheins -. Mit dieser monatelange Recherchearbeit wurde der ALA klar, es gibt eine Rechtsauslegung des Bundes zur Verantwortlichkeit des Altrheins , aber entgegen vieler Behauptungen aus Bundes- und Landespolitik und den Verwaltungen, keine gefestigte Rechtssprechung dazu.

Diese Tatsache hat die ALA genutzt, um mit den verantwortlichen beim BMVI in einen Dialog zu treten. Dieser Dialog wurde anfänglich vom BMVI mit der von hohen Verwaltungen gewohnten Höflichkeiten abgeschnitten. Erst die Versachlichung im persönlichen Gespräch mit dem Verantwortlichen für die Bundeswasserstrassen, Ministerialdirektor Reinhard Klingen, kam Bewegung in die Sache. Beim Klingen-Besuch mit Fachleuten in Lampertheim wurden im Gespräch erneut die unterschiedlichen Rechtsauffassungen zum Thema Altrheinentschlammung diskutiert.

Das Gesprächsergebnis:

Das BMVI ist sich bewusst dass eine erfolgreiche Klage der Stadt Lampertheim vor dem Verwaltungsgericht zugunsten der Stadt für eine Altrheinentschlammung, hohe Folgekosten für alle Bundeswasserstrassen nachzieht. Soll heißen es wird teuer für den Bund.

Im umgekehrten Fall, der Bund bekäme Recht, ist für die Stadt final geklärt: zukünftige Kosten des Altrheins sind Kosten der Stadt Lampertheim, also der jetzige Status.



BMVI und ALA mit ihren Fachanwälten sind der Meinung, der Klageweg sollte das letzte Mittel zur Rechtsdurchsetzung sein. Der Grund, das sind unkalkulierbare Kosten für einen Rechtsstreit und die eventuell sehr lange Verfahrensdauer (Verwaltungsgerichtsverfahren). Deshalb sollen jetzt von der Lampertheimer Politik und Verwaltung als die gewählte Organe, die von der ALA verhandelten Vorschläge geprüft und in die Tat umgesetzt werden.

Verhandelte/abgestimmte Vorschläge:

1. Rechtsgutachten

Es könnte ein neutraler Rechtsgutachter mit der Erstellung eines Rechtsgutachtens beauftragt werden. Beide Seiten müßten sich verpflichten, das Ergebnis des Rechtsgutachtens als verbindlich anzuerkennen. Die Kosten des Gutachtens sollten geteilt werden. Geschätzte Kosten für das Gutachten ca. 5.000,00 EUR – 7.000,00 EUR. Hintergrund: Damit wäre eine Klage hinfällig.

2. Kurzfristige Lösung (Vorschlag des WSA-Mannheim)

Herr Vogel, Leiter WSA-Mannheim, machte den Vorschlag, eine **kurzfristige Maßnahme** zur Verbesserung der Befahrbarkeit des Altrhein durchzuführen. Zum Vorteil der aktiven Ruderer, Paddler und Motorboote. Er könnte sich vorstellen, daß Baggerungen auf 2 km Länge und 15 Meter Breite bei einer Tiefe von 0,50 Meter kurzfristig durchgeführt werden könnten. Damit wären 15.000 Kubikmeter Schlamm beseitigt. Auch wäre damit eine Öffnung der Kiessohle, die besser Durchlüftung mit Grundwasser für den Altrhein möglich, somit ein künftiges Fischsterben, wie in diesem Sommer, weniger wahrscheinlich. Die Kostenuntergrenze bezifferte Herr Vogel bei 375.000 EUR.

3. Übereignung

Auch bei einer Klage wäre das BMVI aber weiter gesprächsbereit. Herr Klingen könnte sich eine Beteiligung des Bundes in Form einer Ablösesumme vorstellen, wenn das Land Hessen und die Stadt Lampertheim den Altrhein in Form einer Übereignung übernehmen würden.

Anmerkung

Herr Klingen zielt wohl auf eine Lösung ab, die bei der Stadtschleuse Kassel zum Tragen kam. Die die Übernahme der Stadtschleuse Kassel, die bisher von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung betreut wurde und, wie hier der Altrhein nicht mehr gepflegt wurde, von der Stadt Kassel übernommen. Und zwar zu einem symbolischen Preis von 1,00 EUR. Die notwendigen Renovierungskosten wurden zwischen Bund, Land und Stadt aufgeteilt. Die Bundesrepublik Deutschland wird die Hälfte der Investitionskosten (Bauleitungs-, Planungs- und Baukosten) des Schleusenneubaus übernehmen. Das Land Hessen und die Stadt Kassel tragen jeweils ein Viertel der Investitionskosten. Vermittelt hat diesen Deal die hessische Justizministerin. Mit ihr steht die ALA in Kontakt. Ein Gespräch zum Thema Altrhein zwischen der Justizministerin und der ALA findet Anfang Nov. 2017 statt.

Hinweis:

Am 18.11.2017 findet auf Einladung der ALA hier in Lampertheim ein internationales Strategietreffen des Netzwerkes Deutsche Wasserwege (NDW) statt. Das NDW ist ein Zusammenschluß von Vereinen, Verbänden, Städten, Gemeinden, die ähnliche Probleme mit ihren Wasserwegen haben, wie wir hier am Altrhein. Die Bemühungen des NDW zielen auf Klärung der Verantwortlichkeit der deutschen Nebenwasserstrassen ab. Anwesend wird auch David Edwards-May, Präsident von Inland Waterways International (IWI) sein.



Mit freundlichen Grüßen
gez.

Werner Reuters

Otto Edinger.